

Globale Verantwortung

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
Austrian Platform for Development and Humanitarian Aid

Global
Responsibility

Apollogasse 4/9 • A - 1070 Wien
Tel +43.1.522 44 22-0 • Fax +43.1.522 44 22-10
office@globaleverantwortung.at • www.globaleverantwortung.at

Wien, 18. Juli 2011

● Stellungnahme zum Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (IFI-Beitragsgesetz 2011)

Die Internationalen Finanzinstitute (IFIs) haben in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als Institutionen sowie als Geldgeber für Entwicklungsländer hohe Relevanz. Insofern ist die Wiederauffüllung der IFI zu begrüßen.

Österreich leistet mit 0,32% des BNE einen unverhältnismäßig geringen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und zählt zu den europäischen Schlusslichtern. Bislang besteht **weder ein verbindlicher Stufenplan, noch eine entsprechende verbindliche Budgetplanung**, wie die Zusage zur Anhebung auf 0,7% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bis 2015 umgesetzt werden soll. Im Gegenteil: das Budget des Außenministeriums wird jährlich gekürzt.

Die im Gesetzesentwurf genannten Beiträge tragen zur Gestaltung der österreichischen ODA bei. Die Beiträge an **multilateraler EZA**, wo Österreich nur begrenzten Einfluss auf die Verwendung der Mittel hat, stehen jedoch im krassen **Missverhältnis zur unmittelbar gestaltbarer bilateraler EZA**, die zielgerichtet für die Beseitigung der Armut eingesetzt werden und unmittelbar zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Partnerländern beitragen (ca. 10% der österreichischen ODA sind programmierbar; zum Vergleich: Deutschland 49%; GB 63%).

Während die Beiträge an die IFIs gesetzlich beschlossen werden, ist das Kernbudget für Entwicklungszusammenarbeit lediglich eine „Ermessensausgabe“, die frei zur Disposition steht und jederzeit gekürzt oder ausgesetzt werden kann. Die fehlende längerfristige Planbarkeit hat fatale Auswirkungen auf die Entwicklung langfristiger nachhaltiger Kooperationen mit Partnerländern.

Empfehlung:

Damit Österreich den globalen Herausforderungen gerecht wird und seinen internationalen Verpflichtungen zur Anhebung der ODA-Mittel nachkommen kann, empfiehlt die AG Globale Verantwortung die **Beiträge zu den Internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen einer umfassenden Gesamtstrategie** („Weißbuch“) und eines **verbindlichen Stufenplans bis 0,7% des BNE im Rahmen eines gesetzlich verankerten Budgets vorzunehmen!** Dabei ist auf die Ausgewogenheit von multilateralen und bilateralen Mitteln zu achten. Letztere müssen ebenfalls gesetzlich abgesichert und somit langfristig planbar werden.

Als erster Schritt zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie mit allen Ressorts, die ODA-Beiträge einbringen, und solchen, die auch in nicht-spezifischen EZA-Politiken entwicklungspolitisch relevant sind, wäre die **Ausweitung der Dreijahresplanung der OEZA auf die zwei zentralen Ressorts - Außenministerium und Finanzministerium** - anzustreben. Dies hätte zur Folge, dass die Strategien besser aufeinander abgestimmt werden und einen **kohärenten Beitrag zur Wirksamkeit der österreichischen Leistungen in den Partnerländern** erbringen könnten.

Kritik an IFIs und Empfehlungen hinsichtlich Umwelt / Soziales / Gender

Die internationalen Finanzinstitute haben rasch auf die globalen Krisen reagiert. Die vorgeschlagenen Wiederauffüllungen können einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Millennium Entwicklungsziele leisten, vorausgesetzt die finanzierten Projekte dienen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und berücksichtigen Faktoren wie Klimaschutz, Soziales und Gender.

Um Energiedefizite in den ärmsten Ländern auszugleichen, wird noch immer der Bau von Kraftwerken, die nicht mit erneuerbaren Energien betrieben werden, gefördert. Die Weltbankgruppe hat im Jahr 2010 mehr Mittel für fossile Brennstoffe vergeben, als je zuvor (+ 138% zum Vorjahr), erneuerbare Energien wurden hingegen lediglich mit einer Steigerung von 11% gefördert! Bei steigendem Energiebedarf müssen **umweltschonende und nachhaltige Alternativen finanziert werden, um dem Klimawandel entgegenzuwirken!**

Auch soziale Folgen von Projektfinanzierungen werden nicht genügend untersucht. Der Ausverkauf fruchtbaren Landes an ausländische Investoren zur Exportproduktion, etwa, geht zu Lasten der **Nahrungsmittelversorgung** der lokalen und indigenen Bevölkerung. Dies steht im Widerspruch zur Herstellung von Nahrungsmittelsicherheit und damit der Beseitigung von Hunger, Unterernährung und Armut.

Die IFIs drängen häufig auf eine Liberalisierung, die auch eine Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleister und Einrichtungen zur Folge hat. Deshalb ist ein **tiefgreifender Politikwechsel** erforderlich, der nicht zu sehr auf Liberalisierung der Märkte drängt, sondern Entwicklungsländern Spielraum für eigenständige Entwicklungsstrategien überlässt, die vor allem **soziale Aspekte** berücksichtigen und zum **Erreichen der Millennium Entwicklungsziele** beitragen.

Auch die Auswirkungen auf die **Gendergerechtigkeit** können gravierend sein, von sozialer Ungerechtigkeit sind am stärksten die Frauen betroffen. Neue Projekte müssen daher genau auf ihre potenziellen Auswirkungen auf Gendergerechtigkeit hin untersucht werden.

Empfehlungen:

1. Damit die österreichischen Mittel sinnvoll und effektiv eingesetzt werden, soll sich Österreich für die **Einhaltung von Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards sowie Genderkriterien** in der Vergabep Praxis der IFIs einsetzen. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um größtmögliche Übereinstimmung mit den Zielen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit OEZA (Armutsminderung, Nachhaltigkeit einschließlich Förderung erneuerbarer Energien, Verwirklichung der Menschenrechte und Förderung der Gleichstellung von Frauen) zu gewährleisten.

2. **Transparenz und öffentliche Kontrolle** der Entwicklungsbanken und Institutionen sind Voraussetzungen für die Rechenschaftspflicht der Bank gegenüber der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft und demokratischen Strukturen in Österreich wie in den Partnerländern. Diesen Verpflichtungen kommen viele der IFIs ungenügend nach. Wichtige Dokumente und Entscheidungen müssen offengelegt und die Verantwortung für Konsequenzen übernommen werden.

3. Die AG Globale Verantwortung empfiehlt eine **Verpflichtung des Bundesministeriums für Finanzen zu einer jährlichen Berichtlegung gegenüber dem Parlament, der öffentlich zugänglich** sein soll.

Mit freundlichen Grüßen,



Maga. Petra Navara-Unterluggauer,
Geschäftsführerin